

## Anhang:

### **Chronologie der Spaltung des Bündnisses #unteilbar**

- Seit Anfang des Jahres arbeiten die MLPD und ihr Jugendverband Rebell in allen Bundesländern initiativ und aktiv an der Bewegung gegen die Polizeigesetze, an den antifaschistischen Demonstrationen, den Tariffkämpfen, den Umwelt- und Mieterprotesten etc. engagiert mit.
- Wo gleichberechtigt und auf Augenhöhe gearbeitet wird, trägt die MLPD viel bei und bekommt großen Zuspruch. Das passt denen nicht, die von vornherein nur Teil der Bewegung wurden, um sie kompatibel zu machen mit ominösen „linken“ Flügeln der bürgerlichen Parteien. Zielstrebig werden Hetze, Intrige und Spaltungspolitik begonnen. Vorneweg „Antideutsche“ sowie sattsam bekannte Repräsentanten aus Attac, SPD, Grünen, Linkspartei und anderen. Entweder wird versucht, die MLPD aus Bündnissen auszugrenzen. Oder – wenn das nicht gelingt, wie in NRW – ziehen Leute wie Sabine Lassauer (Attac) oder der Einmannbetrieb Martin Behrsing beleidigt aus dem Bündnis aus. Sie beschreiten den leuchtenden Pfad der „kritischen Begleitung“ der Polizeigesetze mit Bündnissen, die auf antikommunistischer Ausgrenzung und undemokratischen Regularien beruhen. Da passen Form und Inhalt doch prima zusammen!
- Am krassesten sind der Ablauf und das koordinierte Vorgehen der Spalter in Berlin. Auf dem 3. Berlin-Plenum des Demo-Bündnisses, am 15. August 2018, wurde u.a. der von der Inhalts-AG vorgeschlagene Aufruf für die Demonstration am 13. Oktober diskutiert und, verbessert mit weiteren Vorschlägen, beschlossen. Hier hat sich die MLPD konstruktiv und mit Vorschlägen eingebracht. Dazu gehörte auch die Bereitschaft zur Mitarbeit in dem Koordinierungskreis, zu der auf jedem Plenum neu aufgerufen wurde. Es ist eine Legende, dass die MLPD erst zum Schluss in die Vorbereitungsarbeit eingestiegen sei.
- Dieter Ilius bot als Vertreter des Internationalistischen Bündnisses in Berlin seine Mitarbeit im Koordinierungskreis an, nachdem Tim

Herudek (Linke) auf Versammlungen des Bündnisses wiederholt öffentlich erklärt hatte, die Mitarbeit darin sei offen für interessierte Organisationen, Bündnisse und Initiativen. Doch eine Mitarbeit von Dieter Ilius, Vertreter des Internationalistischen Bündnisses und Mitglied der MLPD, lehnte er dann in einem Telefonat mit ihm am 30. August kategorisch ab. Seine Mitarbeit im Namen der MLPD und des Internationalistischen Bündnisses sei unerwünscht. Auf den Einwand, dass dies ja wohl nicht demokratisch sei, erwiderte Tim Herudek, das sei „... nun mal so in manchen Bündnissen.“

- Dieter Ilius schrieb dazu am 05. September 2018 an Herudek, an den Ko-Kreis und den Parteivorstand der Linkspartei: *„Lieber Tim, ich schreibe dir wegen des merkwürdigen Telefongesprächs, das du am 30. 8. um 12.30 mit mir geführt hast. ... Du meintest ..., dass du das nicht alleine, sondern dass die Koordinierungsgruppe beschlossen hätte, dass sie gegen eine Mitarbeit von jemand von der MLPD sei. Woher nimmt sie das Recht dazu? Warum weigerst Du Dich dann, mir den Inhalt deiner Aussagen über eine Ablehnung der Mitarbeit in der Koordinierungsgruppe doch als Mail mitzuteilen, da ich ja das Internationalistische Bündnis und die MLPD darüber informieren müsste ... Offenbar hast du kein Problem damit, dass das Internationalistische Bündnis, die MLPD und die Montagsdemobewegung für die Demo am 13. 10. mobilisieren und Aufgaben übernimmt, aber wem dabei ein Mitspracherecht in der Koordinierungsgruppe gewährt wird, willst du und einige andere allein entscheiden? Ein seltsames Demokratieverständnis!“* Bis heute haben weder das Internationalistische Bündnis noch die MLPD eine schriftliche Antwort auf diese Kritik und auf Nachfragen bekommen.
- Am 28. August wurde der gemeinsam im Bündnis verabschiedete Aufruf *„Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!“* veröffentlicht. Auf dem A5-Flyer, der danach 10.000-fach in Berlin verteilt wurde, war plötzlich unter der Leitlinie, eine „einfache Sprache“ zu wählen, klammheimlich jegliche konkrete Kritik an der Regierung gestrichen. Statt die Regierung

Merkel/Scholz/Seehofer und die faschistoide AfD für ihre systematische Förderung von Rassismus und Hass anzugreifen, werden auf einmal *die* Menschen verantwortlich gemacht, die denken würden, „*sie sind besser als andere*“, und die andere schlecht behandeln. Statt wichtige Entscheidungen zur weiteren Vorbereitung der #unteilbar-Demonstration am 13. Oktober auf den wöchentlichen Plenumsversammlungen zu diskutieren und abstimmen zu lassen, zum Beispiel zur Rednerliste, die Aufstellung der Demonstrationsblöcke usw., wurden diese Versammlungen mehr und mehr zur Farce. Entscheidungen wurden fast nur noch vom Ko-Kreis und einigen „eingeweihten“ Aktivisten aus den Arbeitsgruppen getroffen. Selbst innerhalb des Ko-Kreises und der Arbeitsgruppen gab es deshalb Kritiken zur Undurchsichtigkeit der Arbeits- und Entscheidungsstrukturen. Geändert wurde dies jedoch nicht.

- Die bundesweite Montagsdemobewegung, in der die MLPD seit 14 Jahren eine der aktiven Trägerinnen ist und die schon länger für den 13. Oktober ihre bundesweite Herbsdemonstration in Berlin geplant hatte, schrieb am 29. August an den Ko-Kreis, dass sie zugunsten einer gemeinsamen Demonstration am 13. Oktober auf eine eigene Herbsdemonstration verzichte: *„Wir bieten an/würden gerne die Koordinierung/Organisierung einer der vier geplanten Sternmärsche übernehmen. Wir schlagen vor, dass ein Demonstrationzug den Schwerpunkt der sozialen Fragen, die im Aufruf angesprochen werden, hat.“* Der Ko-Kreis hat auf dieses Angebot nie geantwortet. Auch das Bündnis *„Freiheit statt Angst“* verzichtete auf eine am 20. Oktober geplante bundesweite Demo und bot sich an, einen Sternmarsch zu organisieren. Das Bündnistreffen am 12. September sprach sich dann auf einmal für *einen* Demozug aus, aber immer mit der Option, bei entsprechender Größe auf den Sternmarsch-Gedanken zurückzugreifen. Die Größe war dann da – nur der Sternmarsch nicht!
- Sowohl die MLPD als auch das Internationalistische Bündnis meldeten schriftlich, wie auch auf dem Bündnistreffen am 29. August, einen Redner für die Auftakt- und/oder Abschlusskundgebung an. Dies entspricht dem Grundgedanken, dass alle Spektren, also

auch die Marxisten-Leninisten und Revolutionäre, bei den Rednern vertreten sind. Insgesamt sprachen ja über 40 Rednerinnen und Redner aus verschiedenen Spektren der in der Vorbereitung beteiligten Organisationen. Nur dem revolutionären beziehungsweise marxistisch-leninistischen Spektrum wurde – wie selbstverständlich – ein Redebeitrag verwehrt.

- In der Vorbereitung der Demonstration gab es eine Einteilung, an welcher Stelle sich die beteiligten Organisationen jeweils mit ihren Blöcken in den Demozug einreihen. Dem gemeinsamen Block der bundesweiten Montagsdemobewegung und des Internationalistischen Bündnisses, an dem sich auch die MLPD beteiligte, wurde ein Platz ganz am Ende zugeordnet. Auf eine Anfrage der bundesweiten Montagsdemobewegung am 7. Oktober, warum ihr Block sich nicht weiter vorne, gemeinsam mit weiteren Organisationen aus sozialen Bewegungen, einreihen kann, antwortete Tim Herudek lapidar und ohne Beschlussnachweis/Protokoll: *„Dass euer Block so weit hinten läuft, wurde von den zuständigen Arbeitsgruppen und dem Koordinierungskreis so beschlossen und wird auch nicht geändert.“*
- Die bundesweite Montagsdemo und das Internationalistische Bündnis, in dem die MLPD eine von 34 Trägerorganisationen ist, entschieden sich, von 10:30 bis 12:00 Uhr, also vor dem Beginn der Auftaktkundgebung von #unteilbar, eine lebendige, kämpferische Mobilisierungskundgebung an der Weltzeituhr durchzuführen. Seit 14 Jahren organisiert die Berliner Montagsdemo jeden Montag ihren Protest, und die bundesweite Montagsdemo führt ihre jährliche Herbsdemo gegen die Regierung an diesem Platz durch. Die Kundgebung zog viele bereits anwesenden Touristen an, auch Berlinerinnen und Berliner, die aufmerksam einer vielfältigen Werbung und Mobilisierung für die gemeinsame Bündnisauf-taktkundgebung und Demonstration folgten. Unter anderem deswegen werfen einzelne Ko-Kreis-Mitglieder der MLPD jetzt vor: Das *„Verhalten der MLPD widersprach allen Absprachen im Bündnis“*<sup>1</sup>. Ein eigenständiges Auftreten und auch die Mobilisie-

---

1

Protokoll #unteilbar Auswertungstreffen 24.10.

rungsarbeit durch die beteiligten Organisationen ist jedoch eine Selbstverständlichkeit in der Bündnisarbeit und stand nie infrage. Warum auch?

- Drei Fahnen und zwei Luftballons der MLPD bei der Abschlusskundgebung mit mehreren Zehntausenden Teilnehmern werden als weiterer „Beweis“ angeführt für das angebliche Fehlverhalten der MLPD. Im Bündnis festgelegt war nur: „*Keine Hegemonie von Fahnen hinter dem Fronttranspi.*“<sup>2</sup>. Während die wenigen MLPD-Fahnen zum Problem hochstilisiert wurden, krächte kein Hahn nach dem Auftreten von allen anderen oder auch den Luftballons der Grünen, die überall auf der Demo und bei der Abschlusskundgebung vielfältig zu sehen waren.<sup>3</sup> Die Fahnenträger der MLPD wurden aggressiv attackiert, gemobbt, mit Fake News über eine angebliche Beschlusslage des pauschalen Fahnenverbots unter Druck gesetzt; vier Personen schnitten eine Schnur des Luftballons durch.
- Als Siemens-Kollege und kämpferisches Betriebsratsmitglied einer Belegschaft, die aktuell gegen die Vernichtung von Tausenden Arbeitsplätzen kämpft und die auf der Demo Unterschriften dagegen sammelte, erwähnte Felix Weitenhagen in einem knapp 5-minütigen Beitrag auf dem Bündnis-LKW, dass sechs Abmahnungen von ihm als Betriebsrat durch die Solidarität seiner Familie, seiner Kollegen, IGM-Gewerkschaftern, der Arbeiterplattform des Internationalistischen Bündnisses und der MLPD erfolgreich bekämpft wurden. Das wird jetzt als „Redebeitrag von MLPD“<sup>4</sup> bezeichnet und als weiterer „Verstoß“ angeführt. Problemlos sprachen dagegen zahlreiche anonyme Parteienvertreter unter der Flagge der „Zivilgesellschaft“ bei jeder Kundgebung.
- Am 14. Oktober, unmittelbar nach der Demo, hetzte die *Bild*-Zeitung gegen die Breite des #unteilbar-Bündnisses und rief offen dazu auf: „*Teilt euch ... von Extremismus und Islamisten.*“ Kurz danach argumentierte auch Volker Beck (Grüne) in gleicher Weise und forderte über Twitter direkt den Ausschluss der MLPD aus

---

<sup>2</sup> Protokoll #unteilbar Bündnistreffen 26.09.

<sup>3</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=QCZQowvkd0>

<sup>4</sup> Protokoll #unteilbar Auswertungstreffen 24.10.

dem #unteilbar-Bündnis. Am 15. Oktober hetzte der *Bild*-Zeitungs-Redakteur Philipp Piatov in großer Schlagzeile: „*Israel-Hass auf der Demonstration gegen den Hass*“. Jegliche Kritik an der reaktionären Politik der israelischen Regierung als Antisemitismus und Hass zu diffamieren, wie in diesen Artikel, ist der Sprachgebrauch des israelischen Geheimdienstes Mossad, dessen Sprache sich Herr Piatov hier unverhohlen bedient. Theresa Hartmann, Pressesprecherin, distanzierte sich flugs und brav für das gesamte Bündnis – also für Organisationen und 11.473 Einzelpersonen – von dem angeblich antisemitischen Beitrag, der in Wirklichkeit ein Beitrag war zur Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf, auf dem LKW des Internationalistischen Bündnisses. Und das, ohne überhaupt einmal nachzufragen, was der palästinensische Kollege tatsächlich gesagt hat.

- Am 21. Oktober wurde dem MLPD-Mitglied Dieter Ilius, der entsprechend seinen Möglichkeiten aktiv in der Kultur-AG mitgearbeitet hatte, die Teilnahme an einem Treffen von Aktivisten der verschiedenen Arbeitsgruppen vollständig verweigert. Einen Beschluss dazu gab es zu diesem Zeitpunkt weder vom Ko-Kreis noch von einem Berliner Bündnistreffen. Offenbar störte seine Anwesenheit jedoch dabei, Stimmung zu machen für die Vorbereitung eines überfallartigen, undemokratischen Vorgehens des Ko-Kreises auf dem Bündnistreffen am 24. Oktober.
- Am 22. Oktober beschloss die Koordinierungsgruppe – trotz erheblicher Widersprüche Einzelner – den Antrag auf Ausschluss der MLPD am 24. Oktober einzubringen und durchzusetzen. Der schriftliche Antrag der MLPD, an der Koordinierungsgruppe am 22. Oktober teilnehmen zu können, um die Widersprüche sachlich zu klären, wurde nie beantwortet.
- Am 23. Oktober bekam die MLPD bzw. stellvertretend Dieter Ilius erneut einen Telefonanruf, diesmal allerdings von einem ihm bis heute unbekanntem Herrn namens „Raiko“. Ohne sich vorzustellen, verkündete er: *Der Koordinierungskreis habe den Ausschluss der MLPD aus dem Bündnis beschlossen*. Die feige Methode über faktisch anonyme Anrufe und ohne jede nachgewiesene Legitima-

tion, angebliche Beschlüsse zu publizieren, spricht Bände. So gefasste und verbreitete Beschlüsse können von keinem demokratisch denkenden Menschen anerkannt und akzeptiert werden.

- In der vor dem Auswertungstreffen am 24. Oktober durch den Ko-Kreis verbreiteten Tagesordnung wurde dann der schon vorher gefasste Beschluss des Ko-Kreises bewusst nicht offengelegt. Es erfolgte ebenfalls bewusst keine Ankündigung des vom Ko-Kreis beschlossenen Plans in der Tagesordnung.
- Am 24. Oktober wurde dann, ohne vorherige Information der Bündniskräfte, der Antrag über den Ausschluss der MLPD zur Beschlussfassung gebracht. Nachdem die Diskussion völlig willkürlich abgebrochen wurde und zuvor kritische Meldungen zu dem Antrag von dem Moderator Farhad Dilmaghani (SPD)<sup>5</sup> bewusst übersehen wurden, stimmten lediglich 28 von über 70 Teilnehmern für den Ausschluss. Der Rest stimmte dagegen, enthielt sich oder nahm gar nicht an der Abstimmung teil.
- Zusätzlich wurde eine Festlegung über die Abstimmungsmodalitäten von Beginn an verweigert. Es hat mit einer demokratischen Mehrheitsentscheidung nichts zu tun, wenn 28 Teilnehmer von 70 Anwesenden, stellvertretend für bundesweit 152 Organisationen, 105 lokale Organisationen und Gruppen sowie 11.473 Unterstützende über den Ausschluss einer Trägerorganisation aus dem Bündnis entscheiden. Die Versammlung war für einen Ausschluss überhaupt nicht legitimiert! Das war das letzte i-Tüpfelchen, sich selbst jedes demokratischen Anspruchs als Bündnis zu entledigen.
- Später – nach dem durchgedrückten Ausschluss – wurde im bierseligen Kreis von rund 30 Leuten auch noch von der Moderatorin Nora Berneis (Linkspartei) selbstherrlich und im Verfassungsschutzjargon erklärt, dass auch die Berliner Montagsdemo, der Jugendverband REBELL und das Internationalistische Bündnis als sogenannte „Vorfeldorganisationen“ ausgeschlossen seien. Dies wurde dann später auch noch auf den Frauenverband Courage

---

<sup>5</sup> Farhad Dilmaghani, war 2000 bis 2005 im Bundeskanzleramt tätig und bis 2014 Staatssekretär im Berliner Arbeitssenat

und die Umweltgewerkschaft ausgedehnt. Der überparteiliche Frauenverband Courage hat übrigens erfolgreich gegen den Verfassungsschutz und seine Verleumdung als angebliche „Vorfeldorganisation“ geklagt. Tim Herudek ließ sich sogar dazu herab, die weitere Teilnahme von Mitgliedern der angeblich automatisch mitausgeschlossenen sogenannten „Vorfeldorganisationen“<sup>6</sup> als ein „Anwanzen und armselig“ zu diffamieren.

- Allen Ernstes behauptet der Ko-Kreis in einer Mail nach dem Bündnistreffen vom 24. Oktober: *„Der Ko-Kreis hat nach langer Diskussion dafür votiert, die von der MLPD einseitig aufgekündigte Zusammenarbeit, die sich im unsolidarischen Agieren ihrerseits ausdrückte, zu bestätigen und dies als Empfehlung an das Bündnisplenum herangetragen. Im Plenum wurde dies bestätigt.“* Das ist offen gelogen. Die MLPD hatte zu keinem Zeitpunkt die Zusammenarbeit aufgekündigt, sondern sich die gesamte Zeit bundesweit konstruktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Demonstration beteiligt, Vorschläge eingebracht, Verantwortung übernommen und zum Gelingen beigetragen. Nebulös und ohne jede Faktenbasis wird ein unsolidarisches Agieren in den Raum gestellt, was keiner nachprüfen kann und was ebenfalls glatt gelogen ist.
- Trotz der vom Ko-Kreis bewusst organisierten Überrumpelungstaktik gab es auf dem Auswertungstreffen am 24. Oktober keine Mehrheit der Anwesenden für den illegitimen, undemokratischen Ausschluss. Er wurde von einer Minderheit gefasst und durchgedrückt. Ein weiterer Höhepunkt ist, dass am 7. November eine Gruppe von 25 Personen im Namen des Bündnisses #unteilbar hinter abgeschlossenen Türen im Berliner „Haus der Demokratie“ tagte, um drei (!) Menschen den Zugang zu verwehren, von denen man annahm, sie seien Vertreter der MLPD. Sie wurden von einer Gruppe von rund acht Leuten gewaltsam daran gehindert, an dieser Versammlung teilzunehmen.
- Es passt in dieses Bild, dass die Organisatoren dieser Versammlung es danach noch nicht einmal fertigbrachten, den Termin der

---

<sup>6</sup>

Protokoll #unteilbar Auswertungstreffen 24.10.



Demonstration gegen das reaktionäre Brandenburger Polizeigesetz am 10. November 2018 in Potsdam mitzuteilen, obwohl dies auf der Versammlung eingebracht und zugesagt worden war. Was ist das anderes als Sabotage am Protest und Widerstand gegen die neuen Polizeigesetze? Vielleicht weil in Brandenburg nicht nur die SPD, sondern auch die dortigen drei Minister der Linkspartei der reaktionären Regierungsvorlage an den Landtag zugestimmt haben?

- Am 11. November berichten die Medien bundesweit über die Brandenburger Demonstration gegen die Polizeigesetze. Bunte Fahnen der verschiedensten Parteien und Organisationen lassen gegenüber der Masse der Bevölkerung klar erkennen, wer hier demonstriert und Flagge zeigt. Der Kampf geht weiter. Solidarisch, kämpferisch – und wirklich unteilbar.